

Berlin, 26.1.2010

## Pressemitteilung

### **Karl Lauterbach: Darfs noch ein bisschen mehr sein?**

Professor Dr. Karl Lauterbach ist immer für eine Überraschung gut. Dies bewies der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion in dieser Woche einmal mehr in einem Interview mit der Deutschen Apothekerzeitung (DAZ).

Auf den Hinweis, dass sich kleine und mittlere Generikaunternehmen aufgrund der Ausschreibung von Rabattverträgen der Krankenkassen um ihre Existenz sorgen, antwortete er unter anderem: „Wenn wir wirklich innovative Arzneimittel gut bezahlen würden, dann würde auch der Forschungsstandort gestärkt werden. Dann müssten wir uns keine Sorgen machen, um den einen oder anderen kleinen Anbieter von Generika, der wegen eines Rabattvertrages aufgeben muss.“

Hierzu erklärt Pro Generika-Geschäftsführer Peter Schmidt:

„Es ist schon erstaunlich, dass sich gerade ein SPD-Abgeordneter so locker und leichtfüßig über die Schicksale der Mitarbeiter von Generikaunternehmen äußert. Das ist umso schlimmer, weil die derzeitige Situation nicht etwa Folge eines gesunden Wettbewerbes, sondern Ausfluss eines verfehlten Ansatzes in der Gesundheitspolitik ist, die auch der Arzt und Gesundheitsökonom Lauterbach als Mitglied des Bundestages zu verantworten hat.

Völlig widersinnig ist aber, dass Professor Lauterbach noch mehr für patentgeschützte Arzneimittel bezahlen will, die schon jetzt einen massiven Druck auf die GKV-Arzneimittelausgaben ausüben. Auf dieses Segment entfielen von Januar bis November 2009 zwar nur 8,2 Prozent aller zu Lasten der Krankenkassen abgegebenen Packungen, verschlang aber 35 Prozent der GKV-Arzneimittelausgaben. Insgesamt musste die GKV in den ersten elf Monaten des Jahres 2009 satte 15 Prozent mehr für patentgeschützte Arzneimittel ausgeben als im Vorjahreszeitraum. Wenn es nach Professor Lauterbach geht, sollen diese Medikamente in Zukunft offenkundig sogar noch mehr kosten dürfen. Woher er die zusätzlichen Gelder dafür nehmen will, verschweigt er diskret.

Die einzigen Marktteilnehmer, die bislang für Entlastung gesorgt haben, waren die Generikaunternehmen. Diese entlasteten die GKV im Jahre 2009 auch ohne Rabattverträge um 8 Milliarden Euro. Und genau diesen Unternehmen spricht der gesundheitspolitische Sprecher der SPD die Existenzberechtigung ab. Etwas mehr Problem- und Verantwortungsbewusstsein dürfen auch Oppositionspolitiker an den Tag legen, die ihre Thesen nicht in konkrete Politik umsetzen müssen.

Ansprechpartner:

Thomas Porstner, Pressesprecher, Tel.: (030) 81 61 60 9-40, [info@progenerika.de](mailto:info@progenerika.de)